JOSEPH MARIA BAERNREITHER UND DIE NATIONALE
AUSGLEICHPOLITIK DER ÖSTERREICHISCHEN
REGIERUNG IN BÖHMEN (1908—1914)

Von Harald Bachmann

In seinen Tagebüchern legte der k. k. Minister Dr. Joseph Maria Baernreither (1845—1925), einer der führenden Staatsmänner der Donaumonarchie und eine geistig bedeutende Persönlichkeit, Zeugnis ab von den so tragisch gescheiterten Bemühungen um den nationalen Frieden in Böhmen. Mit nicht geringen Hoffnungen hatte er nach dem Regierungswechsel im Dezember 1904 eine Fortsetzung der Politik „leidenschaftsloser Beharrlichkeit“ im Streben nach dem nationalen Ausgleich erwartet. Seit der vom Kaiser selbst eingeleiteten Wahlreform waren seine Hoffnungen getrübt, doch auch jetzt, trotz aller Befürchtungen, das allgemeine Wahlrecht werde den Nationalitätenstreit neu entfachen, verfolgte Baernreither nach Becks Sturz die Ausgleichspolitik mit großem Interesse. Er war entschlossen, ohne Rücksicht auf persönliche Ambitionen — er war bereits unter Koerber als „Dauphin einer künftigen Premierschaft“ genannt worden —, jedes Ministerium zu unterstützen, um die Arbeit am Ausgleich in den Sudetenländern voranzutreiben¹.

Es sei gestattet, einen Blick auf die innenpolitische Entwicklung 1905—1908 zu werfen.

Nach den Kämpfen um die Einführung des allgemeinen Wahlrechts hatten sich die Aussichten auf eine Befriedung der Nationen Österreichs stark vermindert. Es war nicht gelungen, die Obstruktion im Parlament zu überwinden, und die nationalen Gegensätze schienen in ihrer ideologischen Starrheit unbesiegbar. Überdies verstärkten sich die sozialen Spannungen in dem wenig homogenen Gebiet Cisleithaniens durch die wirtschaftliche Konkurrenz auf nationaler und übernationaler Grundlage. Die Wahlreform erwies sich daher als kein erfolgreiches Manöver, obwohl Baron Beck bei ihrer Einführung staatsmännisches Talent gezeigt hatte.

Becks Sturz hatte für die parlamentarische Entwicklung Österreichs die härtesten Konsequenzen. War es nicht einmal dem erprobten Premier des allgemeinen Wahlrechts geglückt, das Volksparlament an beständigere Arbeit zu gewöhnen, so entwickelten sich unter seinem Nachfolger die Verhältnisse im Parlament durch Obstruktionskämpfe noch unerfreulicher als zuvor.

¹ Baernreither, Joseph Maria: Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen. Fragmente eines politischen Tagebuches 1897—1917. Hrsg. v. O. Mitis. Wien 1939, 313 S., hier S. 126.

Baernreither hielt zwar von den Methoden der Beckschen Regierungspraxis recht wenig und scheute sich nicht, sie rücksichtslos zu kritisieren, er gab aber doch zu verstehen, daß Beck trotz Bedenkenlosigkeit in der Wahl der Mittel auch gearbeitet hatte². Seinem Intimus, Sieghart, gebühre hohe Anerkennung, denn er habe als Vorsitzender des Komitees für den Ausgleich mit Ungarn hervorragend verhandelt³.

Der Nachfolger Becks, Baron Bienenrth, bemühte sich um die Lösung der böhmischen Frage durch ein Reichsgesetz. Die Tschechen schätzten ihn nicht gerade als fähigen Staatsmann ein, obwohl man ihm keineswegs Aufrichtigkeit und guten Willen absprach. Für das demokratische Parlament hatte er jedoch nach dem Urteil Tobolkas wenig übrig⁴. Baernreithers Kalkül stimmt mit der Kritik Tobolkas an Bienenrth überein. Baernreither spricht von „politischem Fischblut“, von der Unkenntnis Bienenrths und seinem geringen Verhandlungstalent⁵.

Die Landtagseröffnung in Prag, nach krisenhaften Zuständen von der Regierung mühsam durchgesetzt, erfolgte im September 1909. Sehr bald brachen die Versuche Baron Bienenrths, die Verständigung in Böhmen voranzubringen, unter dem Druck der deutschen Obstruktion zusammen. Nur eine Woche hatte die Session des Landtags gedauert, doch gerade damals bot sich Baernreither die Gelegenheit, die demokratische Parteipolitik der Deutschen zu studieren. Die Kritik dieses alten und höchst bewährten Parlamentariers des Kurienparlaments richtete sich begreiflicherweise gegen die Methoden der Massendemokratie, deren Anfälligkeit für Stimmungsmache und Schlagwörter ihm mißfiel. Es scheint daher verständlich, wenn Baernreither gerade dort Armut und Mangel an politischen Ideen konstatiert, wo das Leben am stärksten pulsieren sollte; was jedoch nicht fehlte, war politische Demagogie, mit der man die Massen zu gewinnen suchte. „Man muß sich gewöhnen, in der demokratischen Welt damit zu rechnen und sich damit begnügen.“⁶ Das Niveau der politischen Argumentation hatte sich seit Plener und Herbst sehr verändert, an die Stelle der hochgebildeten Liberalen, Juristen und Volkswirte war ein neues Geschlecht getreten, dazu eine neue politische Technik und ein neues politisches Prinzip: *Quia non movere*. Sicherlich hat Baernreither recht, wenn er im turbulenten Kampf um die Selbstbehauptung gerade diesen

² Nachlaß Baernreither: Tgb. IX, S. 61. — HHSTA Wien. — Der Direktion des Haus-, Hof- und Staatsarchivs Wien, im besonderen Herrn Staatsarchivar Dr. Rudolf Neck, bin ich für bereitwillige Unterstützung meiner Arbeiten am Baernreither-Nachlaß zu großem Dank verpflichtet.

³ Ebenda. Über die Regierung Beck und ihr Verhältnis zu den tschechischen Parteien und zur tschechischen Nationalpolitik vgl. Tobolka, Zdeněk: *Politické dějiny československého národa od r. 1848 až do dnešní doby* [Politische Geschichte des tschechoslow. Volkes vom Jahre 1848 bis zur Gegenwart]. Bd. 3, Teil 2 (1891—1914). Prag 1936, 634 S., hier S. 501—509.

⁴ Ebenda 510. Tobolkas Charakteristik Becks ist übrigens stark von Siegharts Darstellung beeinflusst. Dies gilt auch für die anderen Lebensbilder in Tobolkas sonst vorzüglichem Werk.

⁵ Nachlaß Baernreither: Tgb. IX, 81.

⁶ Ebenda VIII, 73—75.

Grundsatz als Beweis eigener Schwäche ansieht. Wie war es möglich, Ruhe im Lande oder in den deutschen Bezirken zu fordern, wenn man keine anderen Vorschläge als die der Obstruktionspolitik hatte? Wo blieben die konstruktiven Pläne für soziale und wirtschaftliche Zusammenarbeit? Obstruktion allein konnte auf die Dauer, wie Baernreither oft genug betont hatte, nicht genügen.

Technik und Methodik der Parteipolitiker des allgemeinen Wahlrechts unterschieden sich sehr von den politischen Verfahrensweisen des Kurienparlaments; damals war eine kleine Zahl von Großgrundbesitzern zum Skrutinium in Prag zusammengetroffen, um ihren Abgeordneten zu wählen oder etwa eine sorgfältig abgefaßte, aber auch staatskluge *compte rendu* anzuhören und zu votieren. Es war jedoch an der Zeit, auch im konservativen Österreich dem Wunschdenken der Wählermassen in nationaler Hinsicht gewisse Anregungen zu geben, es zu dirigieren. Bitter mußte es nun für einen altgedienten Parlamentarier sein, Phrasen und Versprechungen anzuhören, deren Realisierung dem geschulten Sozialpolitiker unwahrscheinlich schien.

Bienert sah sich trotz aller Bemühungen sehr bald in einer schwierigen Situation: Guter Wille und versöhnliche Worte reichten nicht mehr aus, so daß sich Baernreither schon im Frühjahr 1910 veranlaßt fühlte, die Taktik Bienerts sehr scharf zu kritisieren: „Alles ist ein Schattenspiel, nirgends ein Halt an einer Tatsache, an einem Willen“.⁷

Die Stagnation der österreichischen, im besonderen der deutschböhmisches Parteipolitik charakterisierte Baernreither in einer bemerkenswerten Notiz über die politischen Methoden der Abgeordneten: „Sie sind manchmal sehr geschickt, politisch gebildet und loyal — aber das alles nützt ihnen nichts — sie müssen suggestiv sein mit was immer, durch was immer. Zuletzt müssen sie irgend einen Beschluß, irgend eine Resolution für sich haben und den Beifall als Zeichen der Übereinstimmung. Dann könne man wieder etwas aufatmen und — vielleicht in sehr vernünftiger Richtung — weiter arbeiten. Das ist aber meist ganz anders als in den Versammlungen gepredigt wird“.⁸

Die parlamentarische Arbeit litt unter Bienert noch mehr als unter Beck. Sicherlich war es aber auch in einem Parlament der cisleithanischen Nationen schwierig, große Ideen zu verwirklichen. Beck hatte mit der Einführung der Wahlreform ein großes Werk getan, Bienert jedoch blieb — da er, wie Baernreither es treffend dargestellt hat, „nicht setzen wollte“ — in den Anfangsschwierigkeiten stecken und brachte die staatsnotwendigen Reformen nicht vorwärts. Niemand hat dies mehr bedauert als der modern eingestellte, weltoffene Patriot Baernreither. Die Opposition der Tschechen, die in Verbindung mit den anderen slawischen Parteien eine parlamentarische Union gegründet hatten, griff in aggressiver Form um sich; man wollte nicht einmal die Vorlagen Bienerts tolerieren, um jeglichen Versuch der Regierung zu verhindern, der sprachnationalen Schwierigkeiten Herr zu werden. Baern-

⁷ Ebenda IX, 60.

⁸ Ebenda VIII, 75.

reither fällt ein für seine geistige Freiheit bezeichnendes Urteil: Die Tschechen wollen „das Präjudiz einer solchen Ordnung der Dinge vermeiden“⁹. Leider fehlte es Bienenrth ganz an der staatsmännischen Energie, die nötig gewesen wäre, um über die Programme und Vorlagen hinauszukommen. Bei der Vorbereitung der böhmischen Verhandlungen blieb er weit hinter Koerbers taktischen Erfolgen zurück und fühlte sich vor allem den Aufgaben eines Vermittlers im Nationalitätenkampf nicht gewachsen¹⁰.

Dies sollte sich bei den geplanten Vermittlungsaktionen, zu denen Baernreither den verfassungstreuen Großgrundbesitz heranzog, immer wieder erweisen. Am 12. September 1910 hatte der Vorstand des deutschen Landtagsklubs beschlossen, mit den Tschechen in Besprechungen über die Eröffnung einer Session des Landtags einzutreten¹¹. Die Regierungsvorlagen des Ministeriums Bienenrth wurden an eine 39 gliedrige nationalpolitische Kommission überwiesen, zwei 19 gliedrige Unterausschüsse zur Erledigung der Regierungsvorlagen wurden gebildet¹².

Baernreither hatte schon 1908 die Aufgabe übernommen, an der Versöhnung der beiden bisher in nationaler Hinsicht verfeindeten Parteien des böhmischen Großgrundbesitzes mitzuarbeiten. Der Zwiespalt zwischen böhmisch-konservativem und deutsch-liberalem Adel hatte sich als großes Hindernis für die gemeinsame Arbeit im Interesse des Staates und der eigenen Standesinteressen erwiesen. Oft hatte ihn die stolze Adelstradition Altösterreichs besonders verschärft, und viele Familien des böhmischen Hochadels gingen einander aus dem Wege, ignorierten sogar die politischen Bestrebungen ihrer Standesgenossen der andersnationalen Partei gänzlich¹³.

Erst die jüngere Generation erfaßte, wie Baernreither anschaulich zu berichten weiß, die wirtschaftliche und politische Situation besser als ihre Väter: Das Interesse am Gesamtstaat und die Verteidigung der eigenen Standesinteressen führten die „feindlichen Vettern“ zusammen. Baernreither förderte die Aussöhnung, konnte aber nur deshalb durchdringen, weil Erzherzog Franz Ferdinand seinen mächtigen Einfluß auf die Adelskreise ausgeübt hatte, um die Verständigung der beiden Völker Böhmens aus Gründen der Staatsräson zu ermöglichen. Damals zeigte der Thronfolger eine ausgleichsfreundliche Haltung; 1913 jedoch, als die Frage einer Verständigung zwischen den

⁹ Ebenda VIII, 75, Eintragung zum 2. 10. 1909.

¹⁰ Srbik, Heinrich von: Die Böhmisches Tragödie. Universitas 5 (1950) 1045—1052, hier S. 1051: „In der Tat hatte der Verständigungswille auf seiten der Deutschen und Tschechen in Böhmen sehr zugenommen, und der Bienenrths Entwurf eines Sprachengesetzes 1909 wäre nicht aussichtslos gewesen, wenn der Ministerpräsident mehr Energie aufgebracht hätte.“

¹¹ Baernreither war bald bitter enttäuscht von Bienenrths Regierungsweisheit: „Alles ist ein Schattenspiel, nirgends ein Halt an einer Tatsache, an einem Willen.“ Nachlaß Baernreither: Tgb. VIII, 60, Eintragung Karlsbad 10. 4. 1910.

¹² Dürre, E.: Ausgleichschronik 1908—1913. Prag 1914, 39 S., hier S. 17. — Pacher, Raphael: Zur Geschichte des Ausgleichs in Böhmen. Leitmeritz o. J., Selbstverlag, 27 S. (Separatdruck), hier S. 73 f.

¹³ Baernreither: Verfall 183 ff.

„bürgerlichen“ Vertretern der beiden Nationen erneut aufgeworfen wurde und die Situation günstig war, war er anderer Auffassung¹⁴.

Vom 20. September bis Mitte November 1910 verhandelten die beiden Parteien, und Baernreither entwarf, wie es stets der Fall war, ein Resumé der Konferenzen, in dem die bisherigen Ergebnisse zusammengefaßt wurden¹⁵. In diesem Rechenschaftsbericht stellte er fest, daß alle Komplikationen der böhmischen Frage in engem Zusammenhang stünden. Die Arbeit der nationalpolitischen Kommission verdiene volle Aufmerksamkeit, da sie die entscheidenden Probleme des Nationalitätenstreites zu behandeln habe. Eindeutig wies Baernreither auf die erfolgreiche Vermittlerrolle des Großgrundbesitzes hin und charakterisierte die Aufgabe der Großgrundbesitzer folgendermaßen: „Die beiden Gruppen des Großgrundbesitzes haben sich in den Besprechungen, die sie miteinander in eingehender Weise gepflogen haben, in einem Umfange über die schwebenden böhmischen Fragen verständigt und konnten daher in den Verhandlungen der letzten Wochen ihre guten Dienste einsetzen, um die notwendige Übereinstimmung zwischen den beiden nationalen Parteien zu erleichtern¹⁶.“

Es würde zu weit führen, wollte man Baernreithers sorgfältiges Referat über die seinen Intentionen entsprechenden Verhandlungsergebnisse in extenso besprechen; es geht vor allem darum, die Grundgedanken zu einer Lösung des böhmischen Konflikts herauszugreifen. Eine Reihe von wertvollen Ergebnissen offenbart Baernreithers Denkweise und bietet Aufschlüsse über seine politischen Ideen. Dem Gegner des allgemeinen Wahlrechts gelang es bei der Erörterung der Landtagswahl, die Regierung für die Beibehaltung des Kuriensystems zu gewinnen. Selbst bei Einführung eines Proportionalrechts, dessen Fürsprecher Baernreither war, sollte das bisherige Kurienwahlrecht erhalten bleiben¹⁷. Dies war aber nicht leichtfertiger Konservatismus eines Staatsmannes großbürgerlicher Herkunft, sondern vorsichtiges Fortschrittsdenken, orientiert an den Ideen des englischen Parlamentarismus,

¹⁴ Kießling, Rudolf: Franz Ferdinand und der Umbau der Monarchie. Der Donauraum 8 (1963) 261—266, hier S. 265.

¹⁵ Nachlaß Baernreither: Tgb. IX, 71—80. Den eingeklebten Druckseiten seines Tagebuches fügt B. die Bemerkung bei: „Es war doch ein Fehler, es [das Resumé] nicht zu publizieren.“ Vgl. auch Tobolkas Urteil (III/2, 552—554).

¹⁶ Nachlaß Baernreither: Tgb. IX, 80. — Tobolka III/2, 553 berichtet über die Erfolge der tschechischen Parteien bei den Konferenzen 1911/12, besonders über die Entwicklung der Bezirksabgrenzung: Docílily za pomoci velkostatku, že se nedála akce ohraničování okresů jen s hlediska národnostního, nýbrž i s hledisek hospodářských, komunikačních a j.

¹⁷ Nachlaß Baernreither: Tgb. IX, 72: „Die Regierung gab die Erklärung ab, sie könne dem allgemeinen Wahlrecht mit Rücksicht auf die Verschiedenheit zwischen Reichsrat und Landtag nicht zustimmen und könne nur einer solchen Änderung der Landtagswahlordnung näher treten, die den vom Wahlrecht bisher ausgeschlossenen einen Einfluß auf die Zusammensetzung der Landesvertretung gewährt, ohne daß diejenigen, welche vermöge ihrer Steuerleistung interessiert sind, durch das Wahlsystem der Majorisierung preisgegeben werden; bezüglich des projektierten Proportionalwahlrechtes behielt sich die Regierung ihre Stellungnahme bei Aufrechterhaltung des Kuriensystems vor.“

dessen abwartende Taktik in der Wahlreformfrage ihm stets imponierte. Der englische Liberalismus bot ihm das Vorbild einer Entwicklung des parlamentarischen Systems, das er auf Österreich anzuwenden suchte.

Besonderen Wert legte Baernreither in diesem Bericht auf die Organisation des Landesausschusses und auf die Tatsache, daß Böhmens Einheit trotz einer weitgehenden Berücksichtigung der Nationen bei der Bildung der Beratungskörper nicht beeinträchtigt werden dürfe. So sollte der gesamte Landesausschuß auch künftig über Angelegenheiten, die ganz Böhmen betrafen, entscheiden. Baernreither schwebte eine ähnliche Lösung vor, wie sie in großen Gerichtshöfen bei der Behandlung der sog. Plenarstücke üblich war. Auch sollten dem Plenum des Landesausschusses Fragen vorbehalten bleiben, die von besonderer Tragweite in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht waren. Baernreither plante hierfür eine besondere Resolution, erreichte jedoch die Annahme der Entscheidung zum damaligen Zeitpunkte noch nicht.

Die klare Festlegung der Kompetenz des Böhmisches Landtags erwies sich vordringlich. Diese Frage wurde auch in der nationalpolitischen Kommission erörtert, blieb aber unerledigt. Ebenso wenig hatte der verfassungsmäßige Großgrundbesitz Erfolg mit seinem Vorschlag, eine schlüsselmäßige Aufteilung des Landesaufwandes durchzuführen.

Obwohl Baernreither kein großer Freund des Abgrenzungsgedankens war, hat er doch die Ergebnisse der achtwöchigen Beratungen in seinem aufschlußreichen Bericht festgelegt¹⁸. Vor allem galt es, gemäß Antrag des Grafen Thun, durch Ausgliederung fremdnationaler Ortschaften aus national homogenen Gerichtsbezirken ein einheitliches Sprachgebiet mit übersichtlicher Sprachgrenze zu erhalten¹⁹. Baernreither verfolgte die Bemühungen voll Interesse²⁰. Die Abgrenzungsarbeiten wurden im Unterausschuß II gruppenweise durchgeführt und umfaßten alle strittigen Sprachgrenzangelegenheiten von Landskron bis zum Böhmerwald²¹. Bei der Behandlung des Sprachengesetzes für die autonomen Behörden gab man sich einer Täuschung hin. Zunächst galt diese Frage als leicht lösbar, doch erfolgten zwei Änderungen an der Regierungsvorlage, die den Widerspruch der Deutschen hervorriefen: die sprachliche Berücksichtigung der Deutschen Prags und die Erledigung anderssprachiger Eingaben und Anbringen seitens der autonomen Körperschaften. Baernreithers Bemühungen, auch die letzten Hindernisse auf dem Wege zu einer Verständigung aus dem Wege zu räumen, scheiterten an den Forderungen der Deutschen, die in beiden Punkten im Gegensatz zu früheren

¹⁸ Vgl. Raphael Pachers Erwähnung in seinem Manuskript „Der deutsche Volksrat in Böhmen“. Nachlaß Pacher, Archiv der Prager Burschenschaft Teutonia zu Erlangen. Pacher bezeichnet Baernreither nicht gerade als „begeisterten Freund“ der Abgrenzung.

¹⁹ Nachlaß Baernreither: Tgb. IX, 75.

²⁰ Die Entwicklung der Abgrenzungsfrage zeigte in einigen Gemeinden, daß das nationale Empfinden auch in den Glanzzeiten des Nationalismus von wirtschaftlichen Erwägungen beeinflußt wurde. Von diesen von Baernreither registrierten Beobachtungen wird später noch die Rede sein.

²¹ Nachlaß Baernreither: Tgb. IX, 76.

Zugeständnissen nicht zurückweichen wollten. Das Programm für die Landtagsverhandlungen wurde dadurch gestört. Baernreither schätzte den Verständigungswillen auf beiden Seiten immer noch so hoch ein, daß er sich trotzdem von einer geschickten Umformulierung der Regierungsvorlage Erfolg versprach. Seine unentwegten Versuche setzten „eine ruhige und sachliche Betrachtung der Angelegenheit“ voraus²².

Es ist bezeichnend für den Realpolitiker Baernreither, daß er sich als moderner Staatsmann nichts von der Betonung der nationalen Eigenart verspricht, sondern vielmehr versucht, den Ressentiments auszuweichen. Charakteristisch wirkt auch, wie er stets den Gesamtausgleich für Böhmen im Auge behält, ohne sich durch Imponderabilien ablenken zu lassen.

Baernreither suchte auch die nationalen Streitigkeiten um die Errichtung von Minderheitsschulen auf sachliche Grundlagen zurückzuführen. Die besten Köpfe des tschechischen Volkes bemühten sich in zahlreichen Arbeiten um die Lösung der Schulfragen. Man muß zu bedenken geben, daß die slawischen Nationen, besonders die tschechische, die Entwicklung ihrer Schulen als große Aufgabe betrachteten. Seit Jahren wurden verschiedene Projekte diskutiert, unter denen, wie bereits die Erörterung der Koerberschen Entwürfe erwiesen hatte, der Antrag des bekannten und hochangesehenen Abg. Prof. Čelakovský eine bedeutende Rolle spielte²³.

Auch bei den Verhandlungen der nationalpolitischen Kommission stellte Abg. Prof. Čelakovský einen Antrag zum Problem der Minoritätsschulen, der nach einigen Schwierigkeiten zur sachlichen Erörterung zugelassen wurde (allerdings erst auf Grund eines Majoritätsbeschlusses).

Hauptpunkte der Auseinandersetzung bei der Einrichtung der Minoritätsschulen waren zunächst die finanziellen Fragen. Die Partei Baernreithers wollte den Aufwand für die Minderheitsschulen (im fremdnationalen Gebiet) auf die Schulfonds der nationalgetrennten Landesschulräte quotenmäßig aufgeteilt sehen, wie dies bereits bei früheren Verhandlungen gefordert worden war. Grundsätzlich mußten dann die Landesschulräte zu Selbstverwaltungskörpern erklärt werden. Diese Vorschläge fanden aber nicht die volle Zustimmung der tschechischen Vertreter; die Tschechen verlangten vielmehr, daß die betreffenden Gemeinden, in denen Minoritätsschulen errichtet werden sollten, an den Kosten beteiligt werden mußten. Auch über die Kostenfrage hatte man schließlich erfolgreich verhandelt, die Abneigung der deutschen Mitglieder einer gesetzlichen Festlegung gegenüber wäre überwunden worden, wenn man sich in einem Durchführungsgesetz über die Bestimmungen geeinigt hätte, die bei der Einrichtung einer nationalen Minderheitsschule zu beachten waren. Doch schon die Erörterungen der Koerberschen Reformversuche erbrachten keine Einigung auf diesem Gebiet, das nach wilder Praxis von Ort zu Ort verschieden behandelt wurde. So war etwa die Schulpraxis der Deutschen lange Zeit von den Grundsätzen der nationalen Defensiv-

²² Ebenda 77.

²³ Hugelmann, K. G.: Das Nationalitätenrecht des alten Österreich. S. 225.

taktik beherrscht, da die Tschechen seit Jahrzehnten in offensiver Weise aufgetreten waren. Auf die Dauer war aber das Friedenswerk in Böhmen ohne Verständigung in der Schulfrage nicht denkbar. So forderte Baernreithers Fraktion die Initiative der Regierung in dieser Frage ganz besonders.

Die heftigste Kritik übte das zuständige Referentenkomitee an der Regierungsvorlage für die Einrichtung von Kreisvertretungen. Das Komitee sprach sich gegen die Beibehaltung der bisherigen Bezirksvertretungen aus und forderte die autonomen Kreisvertretungen als maßgebende Mittelinstanz. Baernreither hatte diesen Standpunkt schon in seiner Broschüre „Zur böhmischen Frage“ (Wien 1910) vertreten und hinreichend begründet²⁴.

Im übrigen trat Baernreithers Partei für die Erlassung eines Landesgesetzes ein, das die Einsetzung einer Permanenzkommission für die Erledigung der Ausgleichsgesetze dekretieren sollte. Baernreither war zweifellos der Initiator dieses Entwurfes, dessen Beratung und Annahme er für unerlässlich hielt, wenn man wirklich die Absicht hatte, den Ausgleich durchzuführen.

Zur formalen Entwicklung: Bereits Anfang Oktober gerieten die Verhandlungen ins Stocken, schleppten sich hin und wurden schließlich am 22. November 1910 ergebnislos abgebrochen. Wieder war Österreich um eine Hoffnung ärmer! Doch die Konferenzen waren nur aufgeschoben aber nicht beendet. Nach den Reichsratswahlen im Frühjahr 1911 bemühte sich Fürst Franz Thun erneut um die Lösung der böhmischen Frage und konnte sich auf die bereitwillige Mithilfe Baernreithers stützen. Am 31. Juli 1911 berieten die Mitglieder des konservativen und des verfassungstreuen Großgrundbesitzes über die Eröffnung von neuen Ausgleichsverhandlungen. Am 20. September wurde die Session des böhmischen Landtags eröffnet, diesmal sollte die am 30. 9. 1910 gewählte nationalpolitische Kommission für permanent erklärt werden, ebenso waren die deutschen Abgeordneten bereit, der Wahl einer Kommission zur Regelung der Lehrergehälter ihre Zustimmung zu geben. Tatsächlich wurden am 29. 9. 1911 nationalpolitische Kommission, Schulkommission und Finanzkommission vom Plenum des Landtags für permanent erklärt²⁵.

Der Abg. Pacher schilderte in seinem wertvollen Bericht jene Phase der Ausgleichsverhandlungen und erwähnte auch das detaillierte Arbeitsprogramm der nationalpolitischen Kommission, das ihr Vorsitzender, Graf Heinrich Clam-Martinić, am 23. 10. 1911 vorlegte:

1) Die Erhebungen über die nationale Abgrenzung sind fortzuführen, besonders im Hinblick auf die Abgrenzungsfragen, welche 1910 bearbeitet wurden.

2) Die Landesordnung und das Gesetz über den Sprachengebrauch bei den autonomen Behörden wären zu verhandeln, schließlich die Frage der Minoritätsschulen und Kreisvertretungen.

²⁴ Die Nachteile der Bezirksvertretungen waren unverkennbar und wurden auch später bei den verschiedenen Vorschlägen zur Verwaltungsreform vielfach erörtert. Vgl. etwa Jarolim, Johann: Zur Reform der inneren Verwaltung Österreichs. 1913, 126 S.

²⁵ Dürre 22f.

Einen Unterschied im Arbeitsprogramm stellte Pacher beim Vergleich mit den Aufgaben der Kommission im Jahre 1910 fest: Es war ein Verhandlungsgegenstand aus dem Bereich der Reichsgesetzgebung in das Programm der nationalpolitischen Kommission des böhmischen Landtags herübergezogen worden: Die gesetzliche Neuregelung des Sprachgebrauchs bei den landesfürstlichen Behörden in Böhmen. Baernreither hatte sich am 21. 10. 1911 zu einem Vermittlungsvorschlag in dieser Angelegenheit des Arbeitsprogramms aufgerafft, wie es bei Dürre heißt „über Drängen der Tschechen“, doch hatte Baernreither von sich aus der Forderung der Tschechen nach Regelung der Amtssprache bei den staatl. (landesfürstlichen) Behörden Verständnis entgegengebracht. Er war der Meinung, daß das Sprachengesetz, als dringendes Postulat der Tschechen, die Verhandlungsführung sonst erschwere.

„In der Tat hat sich die Lage der Deutschen 1910 nicht verbessert und ich hatte vollkommen recht, den verbohrtten Herren zuzurufen, daß sich die Dinge nicht verbessern sondern verschlechtern würden“²⁶.“ So bemerkte Baernreither in seinem Tagebuch, das uns über seine kritische Einstellung zu den Deutschböhmen Aufschluß gibt. Bei allem Verständnis für die deutschen Pläne hatte sich Baernreither zu einer nüchternen Beurteilung der tatsächlichen Machtverhältnisse durchgerungen und war entschlossen, von einem höheren staatlichen, aber vielleicht auch gesellschaftlichen Standpunkt aus ein objektives Urteil zu fällen.

Baernreither konstatierte auch, daß die Abgrenzungsarbeit auf oft unvorhergesehene Schwierigkeiten stoße. In zwei Fällen erklärte sich die deutsche Bevölkerung von Sprachgrenzorten — wohl aus wirtschaftlichen Gründen — gegen eine Abtrennung ihres Ortes vom tschechischen Bezirk (Neustadt an der Mettau und Hüttendorf bei Starkenbach)²⁷. In engem Zusammenhang mit den Novemberverhandlungen in Prag, vor allem im Rahmen der nationalpolitischen Kommission, standen auch Baernreithers kritische Bemerkungen über die Entwicklung der deutschböhmischen politischen Bestrebungen bis zum Jahre 1910. Leider hatte das allgemeine Wahlrecht die regsame Bevölkerung der deutschen Gebiete Böhmens in eine nationale Überhitzung hineingetrieben, die dem Naturell des Österreichers eigentlich nicht entsprach. Es muß wohl zugegeben werden, daß der demokratische Gedanke der Mitwirkung des einzelnen im Staat und in der Bürgerschaft tiefe Wurzel gefaßt hatte, doch schien die Entwicklung Baernreither gar nicht zu behagen, da die Aufpulverung der Wähler vielfach ohne Erziehung zur demokratisch-konstitutionellen Verfassung erfolgte. Zweifellos hatte Baernreither genügend Weitblick, um die schwierige Lage der Deutschböhmen zu erfassen, und er riet gerade bei den Verhandlungen 1910 zum Abschluß eines Ausgleichs.

²⁶ Nachlaß Baernreither: Tgb. X, 25.

²⁷ Nach der Generalkarte des Kgr. Böhmen lagen beide Orte in Ostböhmen nahe der geplanten Abgrenzungslinie, die ungefähr der Sprachgrenze nach der Volkszählung von 1910 entsprach. Vgl. Generalkarte des Kgr. Böhmen, redigiert von Zdenko Lepař. Ausgabe mit der neuen amtlichen Kreiseinteilung. Verl. Hölzl Wien, o. J.

Zuvor hatten die Großgrundbesitzer im Juli 1910 in einem Vertrag ihre Ausgleichsbereitschaft bewiesen, und Baernreither scheute sich nicht, die Situation als für die Deutschen günstig zu bezeichnen, da die tschechischen konservativen Großgrundbesitzer von den übrigen tschechischen Abgeordneten durch ihre politische Einstellung getrennt waren. Leider fehlte es bei den Deutschböhmen an Konzentration der politischen Verbände, man trieb oftmals Politik auf eigene Faust und versuchte, „die politische Phantasie der Bevölkerung auf das Höchste zu spannen“²⁸. Baernreither bemerkte voll Sorgen, daß Parteien und Nebenorganisationen, wie sie etwa dem Charakter der „Verteidigungsdemokratie“ entsprachen (Deutscher Volksrat, Städtkanzlei, Bezirkszentrale u. a. m.), „Erwartungen erregen, die nie erfüllt werden können und den notwendigen und unausweichlichen Compromissen die größten Hindernisse bereiten“²⁹. Die verhängnisvollen Auswirkungen, die der Einfluß konkurrierender Nebenorganisationen auf den Gang der politischen Verhandlungen ausübte, waren ganz unverkennbar. Einsichtige Abgeordnete, wie etwa Raphael Pacher, haben später gerade das Übergreifen des Volksrates in die Parteipolitik heftig kritisiert³⁰. Sie machten die Nebenorganisationen auf nationaler oder nationalwirtschaftlicher, ja auch auf berufsständischer Grundlage, für die Zersplitterung der Wählerschaft verantwortlich und beschuldigten sie der „Vielregiererei“. Auch Baernreither beobachtete die Führungslosigkeit der Abgeordneten, denen die Nebenorganisationen „über den Kopf wuchsen“³¹.

Man darf aber nicht vergessen, daß selbst Pacher in seinen „Erinnerungen“ auf die wertvolle Arbeit des Volksrates im territorialen Bereich der Sprachgrenze hinweist, die Übergriffe in die „große“ Politik jedoch energisch ablehnt, da es doch Aufgabe der Parlamentarier wäre, die Interessen der Wähler im Abgeordnetenhaus zu vertreten. Baernreithers Bemerkung, die Abgeordneten hätten sich zu wenig um den Volksrat unter Dr. Titta „gekümmert“, entspricht aber nicht den Tatsachen, denn es ist nachweisbar, daß auch parteilich so interessierte Persönlichkeiten wie Franz Jesser von allem Anfang an die Arbeit des Volksrates in Trebnitz unterstützten.

Baernreither fand bei den Verhandlungen im November 1910, deren Ziel wohl nur ein Teilausgleich war, wertvolle Mithilfe bei den führenden Großgrundbesitzern, die sich — auch die tschechischen Parteivertreter — strikt an die Abmachungen vom Juni 1910 hielten. Baernreither schätzte die Versöhnlichkeit der Tschechen hoch ein. Er stellte fest, daß Dr. Karel Kramář bei den Konferenzen „Feuer aufs Dach“ gesetzt habe³². Einer kritischen Prüfung dürfte Baernreithers Optimismus auch in anderer Hinsicht nicht Stand halten, da er doch aus einem gewissen Wunschdenken heraus versuchte, der

²⁸ Nachlaß Baernreither: Tgb. IX, 70 ff.

²⁹ Ebenda.

³⁰ Vgl. Bachmann, Harald: Der Deutsche Volksrat für Böhmen und die deutsch-böhmische Parteipolitik. ZfO 14 (1965) 266—294.

³¹ Nachlaß Baernreither: Tgb. IX, 70 ff.

³² Ebenda 88.

tschechischen Partei entgegenzukommen, um einen für sie und die Deutschen erträglichen Teilausgleich zu schließen.

Baernreither hatte jedoch als einer der wenigen deutschen Unterhändler ein wirkliches Gefühl für die reellen Machtverhältnisse und hat auch in bemerkenswerter Weise — beinahe prophetisch — die künftige Entwicklung vorausgesehen, ohne daß er in seinen Tagebüchern der Nachwelt eine vaticinatio ex eventu hinterlassen mußte.

Die deutschen Abgeordneten boten das Bild einer bedrückenden Zerfahrenheit. Als ihre besten Leute schätzte Baernreither Dr. Eppinger und Dr. Urban ein, von den Abgeordneten der Agrarier, Min. a. D. Dr. Schreiner und Dr. Damm, hielt er recht wenig. Wohl zu hohe Ansprüche zugunsten der Deutschen stellte der Liberale Dr. Bachmann, den Radikalen Wolf lernte Baernreither jedoch als versöhnlichen Parteivertreter kennen. Am schlimmsten war — wie bereits angedeutet — die Einmischung der Gremien außerparteilicher Art, wie etwa des Deutschen Volksrates und des Zweiteilungsausschusses. Beide stellten geradezu unerfüllbare Forderungen extremer Natur, so daß Baernreither bezweifelte, ob die beiden Grundprobleme, um die es bei den Verhandlungen ging, überhaupt vereinbar wären:

- 1) Nationale Selbstbestimmung
- 2) Notwendige Einheit des Landes.

Wird der Wille zum Kompromiß auf beiden Seiten tief genug Wurzel fassen, damit das Ziel erreicht werden kann³³? Baernreither hat mit Recht betont, wie leicht der schwache Wille zur Verständigung durch intransigente Methoden und nationale Exaltiertheit gefährdet werden konnte!

Als im höchsten Maß störend empfand Baernreither das Hineinreden gestürzter Staatsmänner, wie etwa des ehemaligen Ministerpräsidenten E. v. Koerber, dessen Verbindungen zum Deutschen Volksrat für Böhmen (Hauptstelle in Trebnitz) von zwei Seiten bestätigt werden³⁴.

Im Gegensatz zur Aktivität der Gestürzten stand die Passivität der Regierung Bienenrth. Sie setzte das moralische Gewicht des Staatsinteresses in gar keiner Weise ein; Baernreither hielt dies für eine ganz unverzeihliche Unterlassung, die überdies in allen Kreisen, ja auch im Ausland falsch aufgefaßt werden konnte. Wenn die Regierung unter Bienenrth sich entschlossen hätte, energischer vorzugehen und nicht nach den Methoden altösterreichischer Regierungsweisheit versucht hätte, „im Stillsitzen die Welt zu erobern“, wäre der Ausgleich vorangekommen. Es stellte sich die unverständliche Situation heraus, daß es die Regierung den deutschböhmisches Abgeordneten überließ, das Staatsinteresse zu verteidigen! (Die gleiche Beobachtung machte

³³ Ebenda 92.

³⁴ Ebenda 81. Baernreither erinnert in seinem Tagebuch an eine Volksratssitzung in Leitmeritz, bei welcher der Sekretär Dr. Tittas, Ehrlich, rief, Dr. v. Koerber habe geraten, nicht eher nachzugeben, als bis die Abgrenzung bewilligt sei. — Ferner berichtet R. Pacher in seinem Manuskript „Der deutsche Volksrat in Böhmen“ von den weitreichenden Beziehungen Koerbers zu den „Unzufriedenen“ im Lande. Vgl. Nachlaß Pacher (oben Anm. 18).

Baernreither übrigens auch bei den Verhandlungen unter Graf Stürgkh.) Was hätte man nicht erreichen können, wenn es gelungen wäre, nach dem Ausgleich die wirtschaftlichen Fragen anzugehen, von denen Koerber eine gewisse programmatische Vorstellung hatte!! Baernreither bedauerte es, daß die intensiv geführten Verhandlungen in Prag, bei denen übrigens „mit reinen Händen“ gearbeitet wurde, so in der Luft hingen.

Es wäre angebracht, auf die Form der Verhandlungen bei diesen Ausgleichskonferenzen kurz einzugehen. Man arbeitete außerordentlich fleißig, vor allem der Großgrundbesitz war rastlos bestrebt, den Konferenzen einen glücklichen Verlauf zu geben. Fürst Franz Thun, Graf Heinrich Clam-Martinic und Baernreither hielten fest zusammen und nützten die Vorteile der Abmachungen vom Juni 1910 konsequent aus, so daß tschechisch gesinnte und deutsche Großgrundbesitzer eine Einheit bildeten. Baernreither beobachtete streng die Grundsätze demokratischer Debatten: „Die itio in partes trat in jedem Falle ein“³⁵.

Woran scheiterte der Ausgleich auf deutscher Seite? Baernreither führte die ablehnende Einstellung der Deutschen auf Dr. Schreiners Einfluß zurück. „Ihm fehlt jede Stetigkeit, jede Ruhe zum Nachdenken“; so notierte Baernreither. Zwischen Schreiner und seinen Gesinnungsfreunden, zu denen zeitweise auch Bachmann zählte, und Baernreither bestanden große Spannungen; Schreiner schien durch die Tatsache, daß er am 22. Februar 1910 als Minister zum Rücktritt gezwungen worden war, stark verärgert zu sein. Infolge dieser Zerwürfnisse im deutschen Lager war — so vermutet Baernreither — die günstige Gelegenheit zu einem Teilausgleich ungenutzt versäumt worden.

Tatsächlich hatte sich der Einfluß des Deutschen Volksrates und seiner Anhänger, vor allem aber der Einspruch Dr. Josef W. Tittas gegen die Abgrenzung ausgewirkt. Die Abgeordneten gaben die Hoffnung auf und warfen die Flinte ins Korn, da sie sahen, wie schwierig das Abgrenzungsproblem bei Berücksichtigung wirtschaftlicher Fragen tatsächlich war. Abg. Dr. Karl Urban, dessen enger Kontakt mit den Vertrauensmännern des Volksrates bekannt war, plante nunmehr, die Volksratspolitik „auf das mögliche Maß des Erreichbaren“ zu lenken.

Aus den Erinnerungen Raphael Pachters geht klar hervor, daß der Obmann des Volksrates mit seinen Anhängern der Parteilinie verschiedener kleinerer Gruppen nahe stand, so der Fortschrittspartei, die an sich liberal-judenfreundlich war, und selbst den deutschen Kreisen Prags, die keineswegs als abgrenzungsfreundlich bezeichnet wurden³⁶. Daher wuchsen die Spannungen zwischen den beiden Parteien, die die Abgrenzung als erreichbare politische Maßnahme anstrebten — nämlich den Deutschradikalen und den deutschen Agrariern — und den anderen Parteien, deren Einfluß auf die Wähler stark im Schwinden war — und der Fortschrittspartei sowie der Splitterpartei der Alldeutschen. Die Reste des verfassungstreuen Großgrundbesitzes waren einer

³⁵ E b e n d a 87.

³⁶ Nachlaß Pacher: Manuskript „Der deutsche Volksrat für Böhmen“. Archiv der Prager Burschenschaft Teutonia zu Erlangen.

nach plausiblen Maßstäben durchgeführten Abgrenzung nicht abgeneigt, doch hatte — wie bereits erwähnt — Pacher den Eindruck, daß Baernreither kein besonderer Freund der Abgrenzung gewesen sei³⁷. Sicherlich kannte Baernreither die Schwierigkeiten des deutsch-böhmischen Standpunktes und hielt mit seiner Kritik nicht zurück. Immerhin hatten die deutschen Unterhändler der nationalpolitischen Kommission den Tschechen, die ursprünglich nicht über die Verhandlungsbasis von 1910 hinausgehen wollten, weitere Konzessionen abgenötigt, und es schien durchaus vernünftig, wenn sie sich dazu verstanden, „das budgetmäßige Erfordernis nach dem Bevölkerungsschlüssel auf die Bedürfnisse beider Nationen zu verteilen“³⁸. Die hohe Gerechtigkeit dieser Maßnahme spricht für den versöhnlichen Geist der Unterhändler! Baernreither stellte auch fest, daß nach dem Ergebnis der Beratungen in den Subkomitees die neue Landesordnung in ihrem Entwurf der Minderheit weitgehend entgegenkomme, so daß so leicht nichts mehr „hinter dem Rücken“ der Deutschen geschehen könne. Nationale Autonomie und der Gedanke des Selbstbestimmungsrechts fänden aber noch nicht ihre volle Berücksichtigung.

Die Ergebnisse der Verhandlungen 1911/12 können nicht erörtert werden ohne einen Rückblick auf die Mentalität und auf die politische Einstellung der deutschen Abgeordneten, denen seit Taaffe die Vertretung von Millionen deutscher Staatsbürger im Parlament aufgetragen worden war. Die Deutschen hatten, wie Baernreither zutreffend behauptet, die Bestrebungen der Tschechen und aller anderen Slawenvölker seit Jahren unterschätzt. Es mag zutreffen, daß die deutschböhmischen Politiker den Ernst der Situation nach 1870 nicht erkannten; sicherlich hätten sie den grandiosen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg der Tschechen eher als Gefahr für die Deutschen erfassen und nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen sollen. Der Prager Historiker Matthias Pangerl hatte dies schon 1875 klar vor Augen, als er den Zerfall der deutschliberalen Partei in seinen Briefen an Johannes Loserth voraussagte³⁹! Die Unterschätzung der Tschechen wie auch aller anderen slawischen Völker wirkte sich in der Tat verhängnisvoll aus, da ein nüchterner, realpolitisch denkender Geist die gefährliche Entwicklung nach 1866 klar erkennen mußte. Wie sollte man aber der prekären Lage Herr werden? Baernreither hätte schon damals in Anbetracht des unaufhaltsamen wirtschaftlich-politischen Vordringens der Tschechen empfohlen, auf alle Fälle Konzessionen auszuhandeln. Leider verhinderte die starre Haltung der deutschen Politiker zur Zeit des Ministeriums Taaffe (1879—1893) jegliche Einigung oder Verständigung, da beide Verhandlungspartner zu hohe Forderungen stellten. Und doch wären Absprachen dringend notwendig und eventuell auch möglich gewesen. Baernreither hätte ihnen, falls er damals in führender Position gewesen wäre, besonderen Wert beigemessen und für die Verhandlungen das Prinzip der Reziprozität vorgeschlagen⁴⁰. Gewiß könnte man die Absichten

³⁷ Ebenda.

³⁸ Nachlaß Baernreither: Tgb. X.

³⁹ Vgl. Bachmann, Harald: Briefe Matthias Pangerls an Johann Loserth aus den J. 1875—1878. Ostdeutsche Wissenschaft 6 (1959) 254—281, hier 274.

⁴⁰ Nachlaß Baernreither: Tgb. X, 7.

der Deutschen, in den achtziger Jahren (1884/1885) zu einer Abgrenzung des deutschen Gebietes zu gelangen, als Vermittlungsversuche charakterisieren, man wird aber doch der Auffassung Baernreithers zustimmen müssen, daß nur das Prinzip der Reziprozität ein wirksames Abwehrmittel gegen die Invasion der Tschechen gewesen wäre. Damit führt uns Baernreithers Denken über die Enge nationaler Konflikte hinaus, denn die Reziprozität hätte im Sprachenkampf der deutschen Sprache einen wirksamen Einflußraum gesichert, falls die Zentralregierung die Zweisprachigkeit des Königreiches Böhmen und anderer Kronländer auch wirklich garantiert hätte. Zweifelhaft war es sicherlich, ob eine solche Garantie überhaupt möglich gewesen wäre, da die zentralistische Bürokratie Wiens seit Jahren mehr und mehr an Einfluß in den böhmischen Ländern verlor, und somit ein Kompromiß auf dem Gebiet der inneren Verwaltung nicht ohne weiteres riskiert werden konnte. Immerhin bestand die Möglichkeit, die Gleichberechtigung der deutschen Sprache auf der Grundlage der sprachlichen Reziprozität gesetzlich zu fixieren, und Baernreither beklagte es tief, daß man nicht schon 1880 hierfür Vorsorge getroffen habe und überdies nicht gegen den Verzicht auf unhaltbare Positionen Zugeständnisse der Tschechen ausgehandelt hatte. Gewiß wird man Baernreither zustimmen, daß die Deutschen bei den Verhandlungen zu starr am Gedanken des Sprachgebietes festhielten und viele wirtschaftliche Faktoren unterschätzten. In der Sprachenfrage blieben sie konsequente Gegner jeglicher sprachlichen Promiskuität und hatten wohl als Schwächere auch Grund dazu, die sprachliche Anerkennung des Tschechischen in ihrem Gebiet zu fürchten. Baernreithers kluger Vorwurf mag berechtigt sein — auf dem Felde der Theorie —, in der Praxis jedoch beweist uns Raphael Pacher mit seinen Beobachtungen in Mähren (nach dem Ausgleich 1905), daß das wirtschaftlich und national vitalere tschechische Element die Gleichberechtigung im eigenen und fremden Bereich ausgenützt hat, um die sprachliche Geltung des Deutschen per nefas einzuschränken⁴¹.

Trotz aller Einwände, die man gegen Baernreithers Auffassung, die Einführung der Reziprozität hätte den Deutschen genützt, erheben kann, darf man nicht vergessen, daß der Minister vor allem an die wirtschaftliche Entwicklung Böhmens dachte. Sein Interesse galt deshalb der Befriedung des Landes, dann sollte nach dem Ende des Nationalitätenkampfes der wirtschaftliche Aufstieg folgen. „Wenn je die Geschichte von den Sybillinischen Büchern sich abgespielt hat, so war es in Böhmen.“ So charakterisiert Baernreither die Entwicklung und die verhängnisvollen Fehler der Deutschen.

Bereits 1911/12, als man sich vergeblich bemühte, den Ausgleich durchzuführen, war man an der Prager Frage gescheitert. Die Protokolle der Verhandlungen geben über den dramatischen Verlauf der Sommerkonferenz 1912 erschöpfend Aufschluß⁴². Baernreither stand skeptisch auf der Seite der Kritiker. Sein Hauptwerk war die intensive Vorbereitung des Teilausgleichs von

⁴¹ Nachlaß Pacher: Der deutsche Volksrat für Böhmen.

⁴² Vgl. dazu die Darlegungen in dem Buch: Adolf Bachmann. Ein österreichischer Historiker und Politiker. München 1962, 143 S., hier S. 100 ff.

1910, dessen Realisierung durch die Opposition Minister Schreiners mißglückt war. Die Verhandlungen von 1911/12 waren in der Tat ungleich schwieriger als jene von 1910, da man jetzt vom Standpunkt der Zweiteilung des Landes in rein tschechische und rein deutsche Bezirke ausging. Die Schwierigkeiten dieses Standpunktes waren Baernreither offensichtlich bei der Eröffnung der Konferenzen im Herbst 1911 klar. Er scheute sich nicht, da die Deutschen die Mitarbeit des Großgrundbesitzes ungern sahen, die politische Taktik der Deutschböhmen auch jetzt einer scharfen Kritik zu unterziehen. Die Deutschen erschienen ihm ohnedies als der schwächere Kontrahent; innerlich uneins, von Kirchturminteressen beherrscht, standen sie der Offensive der nationaltschechischen bürgerlichen Parteien gegenüber. Lodgman, der als junger Abgeordneter von Aussig an den Konferenzen teilnahm, äußerte sich Baernreither gegenüber sehr offen über die Fehler der Deutschböhmen, gab aber doch zu, daß „die Fahne des geschlossenen Sprachgebietes“ aufrechtgehalten werden müsse. Baernreither notierte in seinem Tagebuch: „Ob der Preis für die Fahne nicht zu hoch ist, will niemand untersuchen“⁴³. Besonders bitter empfand es Baernreither als international angesehener Sozialpolitiker, daß die deutschen Volksvertreter wohl für die Homogenität ihres Sprachgebietes eintraten, aber die Assimilierung der tschechischen Minderheit in ihrem Sprachgebiet in keiner Weise vorbereiteten! Noch schlimmer erschien die Unkenntnis der bürgerlichen Abgeordneten auf dem Gebiete der Sozialpolitik⁴⁴. Baernreithers jahrelange Studien und Publikationen zur Jugendfürsorge wurden „au fond für eine Marotte“ gehalten und waren sogar den Abgeordneten der kleinbürgerlichen Parteien meist unbekannt. Man war wohl geneigt, dem Parteivertreter des deutschen Großgrundbesitzes wegen seiner sozialpolitischen Arbeit einige unverbindliche Höflichkeiten zu sagen, ansonsten aber wollte man vom Einfluß der Gentry frei sein.

Gegenüber der tschechischen Offensivtaktik blieben die Deutschen die Schwächeren, auch juristisch-fachlich waren sie den Gegnern nicht immer gewachsen. Die Juristen auf deutscher Seite, vor allem Dr. Julius Roller, der spätere Staatssekretär der Übergangsregierung Deutschösterreichs 1918/19, kamen gegen die geschickte und energische Taktik der tschechischen Unterhändler nicht auf; beide Parteien übertrafen einander an Hinterhältigkeit, die Tschechen blieben auch darin schließlich den Deutschen überlegen.

Man muß bedenken, daß Baernreither, wie heute noch Zeitgenossen bestätigen können, die führenden Abgeordneten der Deutschböhmen, namentlich Dr. Gustav Schreiner, aber auch Dr. Adolf Bachmann und die Politiker der deutschen Agrarpartei als seine Gegner betrachtete; es waren wohl auch Ressentiments, die ihn beeinflussten. Zumindest kann man diese Einstellung aus seinem Tagebuch herauslesen. Es ist ausgeschlossen, die Politiker der

⁴³ Nachlaß Baernreither: Tgb. X.

⁴⁴ Baernreither stellte lakonisch fest: „Die großen sozialen Fragen mußte ich ihnen förmlich aufdrängen.“ (Tgb. X).

Deutschböhmen 1913 mit den großen Persönlichkeiten der Verfassungspartei etwa unter Taaffe zu vergleichen, aber trotzdem steht fest, daß Baernreithers Urteil als nicht ganz objektiv bezeichnet werden kann⁴⁵.

Die kritische Beurteilung der Ausgleichsbestrebungen durch Baernreither bliebe unvollständig, wollte man nicht daran erinnern, mit welch großem Ernst alle Mitglieder der Ausgleichsberatungen gearbeitet haben, um in sachlicher Form Konflikte aus der Welt zu schaffen, deren dämonische Ursprünge und apokalyptische Drohungen ihnen erst im Weltkriege bewußt wurden.

Ein Wort hohen Lobes zollte Baernreither seinem Freunde, dem „feudalen“ Großgrundbesitzer und Statthalter von Böhmen, Fürst Franz Thun. Ihm, dem unentwegten Vermittler, der vom Kaiser als „Ausgleichsstatthalter“ eingesetzt worden war, gilt manch anerkennendes Wort in Baernreithers Erinnerungen. Dennoch mußte Baernreither zugeben, daß die Tschechen Thun mehr imponierten als die Deutschen und daß der Einfluß Dr. Kramárs auf ihn stark gewesen ist. Thun kannte aber auch die Abneigung der Deutschen gegenüber einem Statthalter, der sich mehr und mehr auf die Seite der Tschechen stellte und offensichtlich entschlossen war, den Ausgleich auch gegen den Widerstand der Minorität durchzusetzen. Baernreithers gute Beziehungen zu Thun gaben ihm die Möglichkeit, den Eifer zu beobachten, mit dem der Fürst immer wieder versuchte, eine Lösung der Lebensfrage Böhmens zu finden. Die Anstrengungen Thuns gipfelten zur Zeit der Konferenzen im Sommer 1912 und gewannen einen hochoffiziellen Charakter, da sich der Fürst nicht scheute, auch Kräfte der Statthalterei ganz für den Ausgleich einzusetzen.

Baernreither gab nach dem Vermittlungsversuch im Jahre 1912 alle Hoffnung auf, er hielt die böhmische Frage für völlig verfahren und schob den intransigenten nationalen Parteien auf beiden Seiten die Schuld zu. Sicherlich stand er als weltgewandter Staatsmann und geistig bedeutender Parlamentarier hoch über den oft engherzigen nationalen Abgeordneten. Immerhin billigte er auch den nationalen Gruppen Altösterreichs ihr Recht auf Selbstverwirklichung zu. Gewiß erschien es ihm ratsam, die aus englischer Tradition stammende Selbstverwaltung in Österreich fest zu verankern, und sein Streben bei der Stilisierung der Entwürfe für die Landesordnung sowie der Verwaltungsreform war stets auf eine Belebung des demokratischen Bewußtseins und des freiwilligen self-government in Österreich gerichtet. Ohne Zweifel gab das hochentwickelte politische Leben der Deutschböhmen, Mährer und Schlesier auf diesem Gebiet zu den schönsten Hoff-

⁴⁵ Nachlaß Baernreither: Tgb. X: „Die Alten: Herbst, Schmeykal, Plener, Scharschmid waren ihrer Aufgabe staatsrechtlich, sachlich und legistisch ganz anders gewachsen, sie verkannten die Situation und wollten ihr nicht Rechnung tragen, die jetzigen „Führer“ der Deutschen erkennen die politische Lage, sind gewitzigt, gedrückt und spekulieren à la Baisse, aber staatsrechtlich, sachlich, legistisch sehr schwach, um nicht zu sagen unfähig. Zwischen diesen beiden Sesseln wird Deutschböhmen fürchte ich demnächst auf der Erde sitzen.“

nungen Anlaß, obwohl immer noch viel zu tun war. Man darf wohl die demokratische Gesinnung in Österreich ungeachtet aller Eingriffe der Obrigkeit höher einschätzen als im Deutschen Reich.

Es muß den Historiker, der jene Verhandlungsperiode charakterisieren möchte, eigenartig berühren, wenn er in den Tagebüchern Baernreithers vergeblich nach einem ausführlichen Bericht über die deutsch-tschechischen Verhandlungen im Jahre 1913 sucht. Die letzten Versuche, zu einer Verständigung zu gelangen, die nach dem Urteil berufener Sachkenner bereits von einer gewissen Planlosigkeit Zeugnis geben, berührten Baernreithers sonst wachen Geist nur wenig. War es doch so, daß auch der Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, seit 1912 gar nicht mehr an eine Abgrenzung in Böhmen dachte und auch kein Interesse an der Einführung von Kreisvertretungen bekundete⁴⁶! Baernreithers Arbeitskraft konzentrierte sich nunmehr auf das zweite schicksalhafte Problem Österreich-Ungarns: auf die südslawische Frage.

Gewiß hätte sich keine Partei in Böhmen dem geschätzten Rat Baernreithers verschlossen, aber man darf nicht annehmen, daß die Politiker in Böhmen seinen Anregungen gefolgt wären. Ein Herrenhausmitglied, ehemaliges Mitglied des Abgeordnetenhauses aus der Partei der Großgrundbesitzer, stieß doch in den Kreisen der ehrgeizigen „Volksabgeordneten“ auf Opposition und Ablehnung. Man sah in Baernreither, der auf Grund seiner glänzenden Beziehungen zu hochgestellten tschechischen Politikern nicht als unbedingt verläßlich galt, einen gefährlichen Konkurrenten, vielleicht sogar einen allzu kompromißfreundlichen Österreicher der alten Generation.

Wir haben keine festen Anhaltspunkte, warum Baernreither sich von den Verhandlungen fernhielt. Vielleicht wollte er seinem Freunde Thun, dessen Stellungnahme zugunsten der Tschechen er wohl kennen mußte, keine Schwierigkeiten bereiten. Zweifellos hatte er noch 1912 die deutschen Politiker bei den Verhandlungen mit Rat und Tat unterstützt, auch jetzt konnte er nur zugunsten der Deutschen eingreifen. Er wäre dann bei seinen Konferenzen mit Graf Stürgkh und Fürst Thun zwei Freunden gegenübergetreten, Freunden jedoch aus früheren Zeiten. Zu Stürgkh fand Baernreither keinen Kontakt mehr, seitdem er wußte, daß ihm die Lösung der böhmischen Frage wenig bedeutete⁴⁷. Was hätte er tun können, um Stürgkh, dessen staatsmännische Fähigkeiten er sehr gering einschätzte, umzustimmen? Baernreither war sich im klaren darüber, daß Stürgkh mit seiner quietistischen Politik dem kaiserlichen Herrn manche Sorge abnahm. Welche Hoffnungen konnte sich da ein unbequemer Warner machen, wenn er es versuchte, das „böhmische Rätsel“ zu lösen?

Obwohl Baernreither die Ausgleichsversuche 1913/14 kaum registrierte, hatten sie in Böhmen noch einmal die Hoffnung auf eine Verständigung wachgerufen, so daß es sich lohnt, kurz auf sie einzugehen. Interessant an

⁴⁶ Nachlaß Baernreither: Tgb. X, Eintragung zum 28. 3. 1912.

⁴⁷ Baernreither, Joseph M.: Fragmente eines politischen Tagebuches. Hrsg. v. J. Redlich. Berlin 1928, 352 S., hier S. 268.

ihnen war eine Stellungnahme der neuentstandenen deutschen Arbeiterpartei, sie stammte von ihrem Obmann, dem Abgeordneten Hans Knirsch⁴⁸. Knirsch lehnte zusammen mit der Fortschrittspartei Stürgkhs Ausgleichsvorlagen ab. Auch Baernreither dachte nicht daran, Stürgkhs Politik zu unterstützen. Mit bitteren Worten geißelte er in seinem Tagebuch die Planlosigkeit und Ideenlosigkeit der Regierung Stürgkh und schien auch überzeugt zu sein, daß Stürgkh für sein hohes Amt völlig ungeeignet sei, seine Berufung aber dem Ruhebedürfnis des Kaisers verdanke. Welch eine Tragödie nach der Auffassung Baernreithers, daß die Monarchie mit einem wenig befähigten Außenminister, dem Grafen Berchtold, und einem kranken Ministerpräsidenten in das Schicksalsjahr 1914 eintreten mußte!

Der Hergang der letzten Verhandlungen vom Herbst 1913 bis März 1914 soll noch skizziert werden. Stürgkh suchte seine Vermittlungsbereitschaft zu bekunden, war aber wohl überzeugt davon, daß er vor allem die „Staatsnotwendigkeiten“ erledigen müsse, er scheute auch nicht davor zurück, das Parlament aufzulösen. Das Regiment der Notverordnungen beherrschte die politische Bühne.

Baernreither hatte die Aussichtslosigkeit der Verhandlungen 1913/14 vorausgesehen⁴⁹. Auch die Ereignisse nach dem energischen Auftreten der Deutschböhmen in Komotau (August 1913) berührten ihn nur wenig. Trotzdem beobachtete er die Reaktionen der Regierung Stürgkh auf die seiner Meinung nach vorhandene Verständigungsbereitschaft der beiden nationalen Parteien⁵⁰. Durch die Sistierung der Landesverfassung war der Weg zur Verständigung ohnehin versperrt, und es drohte die Gefahr, daß Stürgkh weitere Verständigungsversuche nur zu Manövern seiner scheinkonstitutionellen Regierungspolitik degradieren würde, um sich „über Wasser“ zu halten.

Tatsächlich schlugen alle Versuche fehl, bei den Konferenzen 1913/14 einen erträglichen Ausgleich abzuschließen, obwohl auf beiden Seiten, bei Deutschen und Tschechen, zeitweise korrekt verhandelt wurde. Stürgkh war bemüht, auch die persönliche Auffassung und die Interessen des Thronfolgers zu berücksichtigen. Erzherzog Ferdinand hatte sich, wie auch Tobolka bemerkt, für ein Oktroi in Böhmen entschieden, so daß eine Einigung der „Volksparteien“ nicht seinen Plänen entsprach⁵¹.

Zu den letzten Ausgleichsversuchen Stürgkhs (1914) gab Baernreither in seinen Tagebuchnotizen einen bezeichnenden Kommentar. Zunächst stellte er

⁴⁸ Waldstein-Wartenberg, Berchtold: Der letzte Ausgleichsversuch in Böhmen vor dem Ersten Weltkrieg. Der Donauraum 4 (1959) 65—81, hier S. 79.

⁴⁹ Über die Endphase der Ausgleichsversuche vgl. Waldstein-Wartenberg 87 ff. und Bachmann in: A. Bachmann 100 ff.

⁵⁰ Baernreither berichtete in seinem Tagebuch (Franzensbad, 18. 8. 1913): „Viel weniger beachtet wird unter dem Druck der auswärtigen Ereignisse die Lage in Böhmen. Die ehrlichen Bestrebungen beider nationaler Parteien, sich zu verständigen, hat die Regierung beharrlich ignoriert, und, wie ich vermute, unter Verschweigung dieser günstigen Neigungen beider Teile den Kaiser dazu gebracht, die Landesverfassung in Böhmen zu sistieren.“ Vgl. Baernreither: Fragmente 262.

⁵¹ Tobolka III/2, 592 ff.

fest, daß Stürgkhs Vorlagen vom Februar 1914 die ungünstigsten seit dem Ministerium Badeni gewesen seien. Er nahm es den deutschen Parteien nicht übel, wenn sie, wie die Erklärung Hofrat Bachmanns zeigte, auf Grund dieser Elaborate nicht verhandeln wollten, und war wohl der Auffassung, die Regierung sei zu den Tschechen zu großzügig gewesen⁵². Baernreither behauptete ferner, der Thronfolger hätte die Vertagung des Reichsrates gefordert, da er die allzu nachgiebige Politik Stürgkhs gegenüber den Tschechen als Ausverkauf der deutschen Staatssprache ansah⁵³.

Die Zukunft der Deutschösterreicher erschien Baernreither bereits zu Kriegsbeginn als fast hoffnungslos, die Situation in Böhmen war seiner Meinung nach nur durch ein Oktroi während des Krieges zu lösen. Dieses Oktroi suchte er während seiner Amtszeit im Ministerium Clam-Martinic durchzusetzen, war aber schließlich gezwungen, auf seine Pläne zu verzichten, als Clam erklärte, die Vorlagen zur böhmischen Frage könnten nicht mehr oktroiert werden⁵⁴. In der Kriegszeit hatten sich die innenpolitischen Verhältnisse schon so stark verändert, daß sie in diesem Zusammenhang nicht mehr erörtert werden sollen.

⁵² Nachlaß Baernreither, Schachtel 36, Nr. 112—115. Baernreither notiert hier: „Vorlagen die ungünstigsten seit Badeni. Zwischenfall Bachmann, deutsche Parteien ein Doppelspiel, Hund im Kegelspiel, daß sie auf Grund der Vorlagen nicht verhandeln wollen, kann man ihnen nicht übel nehmen, den Čechen nimmt man nichts übel.“

⁵³ Schicksalsjahre Österreichs 1908—1919. Das politische Tagebuch Josef Redlichs. Hrsg. v. F. Fellner, Bd. 1. Graz-Köln 1953, 295 S., hier S. 222. — Tobolka III/2, 592.

⁵⁴ Baernreither: Verfall 195 f.